

3. Planungsvorhaben, Planungshoheit und direkte Beteiligung der Betroffenen

Roland Günter

Ich gebe Ihnen einen Bericht über reale Erfahrungen, die ich Punkt für Punkt vertiefen könnte.

Es sind die Erfahrungen der Beratung von rund 30 Bürgerinitiativen. Was haben Betroffene beim Bebauungsplanverfahren zu sagen? Nichts. Planungsvorhaben nach dem Bundesbaugesetz laufen praktisch ohne Beteiligung der Betroffenen ab. Bebauungspläne können praktisch geradezu über Nacht durchgezogen werden. Oft erfahren die Betroffenen nichts darüber. Sie werden nicht angeschrieben; das Kleingedruckte in der Zeitung entgeht ihnen - es versteckt dies Verfahren sorgsam. Ein Stadtparlamentarier: "Wenn das nicht ganz harte Einsprüche sind und wenn das keine ganz große Gruppe ist, dann werden die Einsprüche gegen den Bebauungsplan vom Tisch gefegt."

Gegen die Langenberger Stadtzerstörung kamen über 500 Einsprüche. Kein einziger wurde akzeptiert. Waren sie wirklich insgesamt sinnlos?

Was haben Betroffene beim Städtebauförderungsgesetz zu sagen? In den Arbeitersiedlungen Eisenheim und Flöz Dickebank gelang es den Bürgerinitiativen, das Planungsverfahren auf das Städtebauförderungsgesetz umzupolen. Aber auch das heißt nicht viel. Erreicht wird ein Zeitgewinn, der in der Regel der Mobilisierung des Widerstandes dient. Die Betroffenen müssen nun weitgehend befragt werden. Allerdings: Die Fragen werden meist so gestellt, daß das herauskommt, was die Befrager haben wollten.

Und: Investitionsinteressen dominieren, Ermittlungen über die Sozialstruktur sind grobmaschig und meist Randthema. Die Untersucher arbeiten mit wenigen Ausnahmen so, daß Prof. Gerhard Fehl von "sozialwissenschaftlichen Söldnertruppen" sprechen kann. Die Aussagen der Betroffenen müssen nicht berücksichtigt werden. Sie können unter den Akten verschwinden.

Baudezernent Gercke, Oberhausen, untersagte dem AEG-Plan, die die vorbereitenden Untersuchungen über die Arbeitersiedlungen Eisenheim machte, während der Untersuchung jeden Kontakt mit den Eisenheimern außerhalb der Befragung. Dies ist sachlich unsinnig und sogar gesetzwidrig: nach dem Städtebauförderungsgesetz muß der Untersucher auch nach der Befragung ständig alle wichtigen Informationen von der Betroffenenenseite einholen. Die gesetzlichen Vorschriften des Städtebauförderungsgesetzes schreiben an acht Stellen vor, mit Bürgern zu verhandeln - das geschieht jedoch so gut wie nie. Selbst die vorhandenen Vorschriften werden also schlicht und einfach übertreten. Baudezernent Gercke gab das Gutachten über Eisenheim vorzeitig an den Hausbesitzer von Eisenheim, also an Thyssen. Die Untersucherfirma wurde jedoch strikt angewiesen, es nicht an die Mieterseite, d. h. an die Eisenheimer Bewohner zu geben. Was rechtfertigt eigentlich noch die Mitgliedschaft des Baudezernenten in der Sozialdemokratischen Partei?

Das Gutachten in seiner vorläufigen Form wurde auf der Bürgerversammlung in Auszügen vorgetragen. Anschließend erhielten die Mieter keine Kopie - obwohl sie nach Gesetz dazu Stellung nehmen müssen. Anfragen blieben erfolglos.

Wie werden die Betroffenen informiert?

In Obercastrop wird den Leuten von der Stadt gesagt, es gäbe keine Abrißpläne für die Siedlung. Zur selben Zeit sind bereits viele Fenster vermauert. Und es gibt eine entsprechende Vorlage zum Standortprogramm.

Eine Bürgerinitiative kann sich häufig erst bilden, wenn die Vorentscheidungen der Fachplaner bereits gefallen sind. Alle Entscheider sind eingeschworen. An die Stelle eines offenen Planungsprozesses tritt eine Durchsetzungsstrategie. Die Betroffenen erhalten nicht einmal vollständige Rechtsauskünfte.

Der Oberhausener Stadtdirektor Ücker verschwieg im Stadtbezirksrat Osterfeld am 3.6.1975 sowohl den Abgeordneten wie den abrißbedrohten Mietern einer Bergmannsiedlung in Klosterhardt die wichtigsten rechtlichen Hilfsmittel. Er verschwieg, wie mit Hilfe der politischen Entscheidung eines Bebauungsplanes der bestehende Zustand indirekt juristisch erhalten werden kann, daß durch das Festschreiben von Art und Maß der Bodenausnutzung Veränderungen für den Eigentümer unprofitabel würden. Ich sagte nach der Veranstaltung dem Oberstadtdirektor, der ständig von objektiver Bürgerberatung sprach: "Es ist peinlich, wenn wir als Privatleute den Betroffenen den zweiten Teil des Gesetzbuches vorlesen müssen."

Wie werden Probleme dargestellt? In der Regel überhaupt nicht. Ein Arbeiter in Duisburg-Hochfeld: "Also zu dem Grüngürtel vor der Kupferhütte - ich bin da mal entlanggegangen: da wächst kein Gras. Das ist doch Augenwischerei, wenn sie den Leuten bunte Prospekte ins Haus schicken." Wie wird die Planungshoheit der Gemeinde unterlaufen? Planungsentscheidungen verlagerten sich in Entscheidungsebenen, die weit vom Bürger entfernt sind.

- Die kommunale Neugliederung verringerte die Zahl der Volksvertreter.
- Die Flächennutzungskompetenz ging in den Ballungsräumen faktisch an die Regionalplanung über.
- Die Baupolitik der Gemeinden ist abhängig von den Landes- und Bundesausschüssen
- sowie von riesigen Kapitalträgern.

Auf dem Papier besteht die Planungshoheit der Gemeinde noch. Aber zu jeder Entscheidung benötigt die Gemeinde Zuschüsse der Regierung. Im Hinterzimmer eines Ministeriums sitzt ein Ministerialrat, der praktisch unkontrolliert über die Macht verfügt,

- weil der Minister als politischer Entscheider zu sehr durchschaubar ist,
- weil keine Entscheidung begründet werden muß und damit durchschaubar wird.

Der Ministerialrat im Hinterzimmer der Macht weiß das. Und er nutzt es - wie eine Fülle von Beispielen bei uns in Nordrhein-Westfalen zeigt. Woanders ist es sicher nicht anders.

Die Gemeinden kennen den Spielraum ihrer eigenen politischen Entscheidungen häufig nur noch unzulänglich. Die Verwaltungen überspielen die Politiker dadurch, daß sie ihnen sagen, bestimmte Entscheidungen seien juristisch zwangsläufig. In Wirklichkeit sind sie politische Entscheidungen - also parlamentarisch gestaltbar. Oder Verwaltungen täuschen ihre eigenen Politiker.

Ein Beispiel: In Oberhausen haben alle Spitzenpolitiker Stellung genommen zugunsten der Erhaltung der Arbeitersiedlung Eisenheim. Aber was macht der Baudezernent Klaus Gercke? Nachdem er die Zerstörung Eisenheims nicht mehr

offen durchsetzen kann, schmiedet er eine geradezu byzantinische Intrige: er geht zu Ministerialrat Dr. Küppers ins Innenministerium von Nordrhein-Westfalen und legt ihm nahe, Eisenheim auslaufen zu lassen und dann grüne Wiesen zu machen - unter dem Vorwand, daß man in der Nähe der Zeche nicht leben könne. Wenn im fernen Düsseldorf der Abriß Eisenheims eingefädelt würde - so dachte der schlaue Baudezernent offensichtlich - könne er seine Hände in Unschuld waschen und sagen, er sei es nicht gewesen. Der Baudezernent hintergeht also in schamloser Weise seine eigenen Spitzenpolitiker. Er versucht, sie regelrecht hereinzulegen. Könnte die Oberbürgermeisterin Luise Albertz noch vor die alten Leute treten, wenn ihr Baudezernent sie hereinlegt? Luise Albertz sagte klipp und klar: "Das wird nicht passieren". Sie verbürge sich für Eisenheim. (Die Eisenheimer Arbeiter vertrauen ihr und den anderen Politikern, die die Erhaltung versprochen.)

Wie tief ist das Dunkel der Macht! Ein Beispiel: Prof. Landwehrmann sagte 1970 in einem Gutachten: "Es war ... im Rahmen dieser Unterbrechung für den Bau-siedlungsverband nicht möglich, von den zuständigen Ministerien Angaben darüber zu erhalten, wohin z. B. die nach den Erklärungen verantwortlichen Politiker für die Verbesserung der Situation im Ruhrgebiet eingesetzten enormen Geldsummen konkret fließen. Der Einsatz dieser Mittel unterliegt der Verschwiegenheitspflicht." (Landwehrmann, 1970, S. 19)

Wert hat Einfluß? Alle Menschen sind gleich, sagt das Gesetz. Aber einige sind gleicher, sagt die Erfahrung. Bevor eine Bürgerinitiative im Rathaus empfangen wird, hat das Rathaus in der Regel bereits kettenweise mit den Großinvestoren verhandelt. Baudezernenten verweisen die Bürger an ihre Abgeordneten. Für Großinvestoren gelten andere Spielregeln.

Der Leiter des Stadtentwicklungsreferates der Stadt Dortmund, Glaser:
"Wer setzt die Ziele? Wer setzt sie durch?"
Wir wissen doch, wer Hoesch ist, wer mit Hoesch zusammensitzt."

Welche Qualität haben Planungen? Großmannssucht: Baudezernent Dormann in Rheda: "Die Sanierung der gesamten (!) Altstadt ist eine kommunale Kraftleistung" (3. 12. 1974).

In einer Bürgerversammlung in Eisenheim sagte unser Baudezernent: "Sie sehen die Planung aus der Sicht von heute. Ich muß an die Zukunft denken." Auf die Frage, was denn in der Zukunft an konkreten anderen Bedürfnissen zu erwarten sei, konnte Gercke keinen konkreten Satz antworten. Der Stadtplaner hilft, Konkretes zu zerstören und spielt den Propheten, der nur geheimnisvolle Andeutungen zur Zukunft machen kann - nichts weiter als einen "Dunstkreis" vorbereitet. So wurden die Bewohner verunsichert. Der Leiter der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Dortmund, Glaser, durchaus selbstkritisch:

"Wenn keine großartigen volkswirtschaftlichen Berechnungen vorliegen, dann zeigt das, daß wir überhaupt nicht in der Lage sind, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen abzusehen. Es wird nur ganz dilettantisch und kurzsichtig geplant. Es muß auch jedem Laien einsichtig sein, einen Überblick über Investitionen und Investitionsfolgekosten zu erhalten. Glaser weiter: "Wir haben einfach nicht den Überblick über die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen und Folgen."

Und noch einmal Glaser: "Wir müssen den Mut haben, für eine längere Zeit Strukturen vorauszusagen und festzuschreiben ohne zu wissen, wie die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen und Folgen sind."

Pfarrer Süselbeck (Eving):

"Der Bürgermeister Reinke bot uns an, in der Initiative mitzuarbeiten. Dann konnten wir nicht mehr so laut schreien. Er gab uns das Gefühl, gehört zu werden. Das war eine Umarmungstaktik."

Glaser, Leiter des Stadtentwicklungsreferates der Stadt Dortmund:

"Die Gesellschaften kaschieren das mit Methoden, die sind sagenhaft".
(Kirchenkreis Dortmund 10. 3. 1975). Ich überschlage hier immer einiges, sonst wird es zu lang!

Schweigen:

"Der Wohnungsbauminister Ravens hat es nicht einmal für nötig gehalten, auf ein Schreiben unserer Mieterinitiative zu arbeiten." Ein Betroffener über einen Politiker: "Der hat jetzt viel geredet und hat doch nichts gesagt."

Die Ministerialbürokratie hält sich glatt:

Ministerialrat Dr. Küppers, Innenministerium NW:

"Die Präponderanz der Verkehrsfragen ist sicherlich zu konstatieren. Aber ich weiß nichts dagegen zu tun."

Zur Bürgerversammlung in Obercastrop am 25. 1. 1975 erscheinen Vertreter der eingeladenen SPD und CDU, der Stadtverwaltung und der Wohnungsunternehmen nicht. Nur die Vertreter der Kirche und der FDP sind da. Der Oberbürgermeister steht zur gleichen Zeit im Lokal Alt-Castrop am Tresen.

Wie verhalten sich die Parteien? Pfarrer Schütz (Villigst): "Die Parteien schaffen das Problem dadurch aus der Welt, daß sie es quantifizieren. Dann wird es sehr klein." "Das ist das Ende der Welt. Diese alten Leute, die sterben doch. Da ist für unsere Partei nichts mehr drin. Das lohnt sich nicht," sagt ein Parlamentarier.

"Der Apparat der Partei," sagt ein anderer Parlamentarier, schreitet über die Diskussion der Ziele hinweg und bestellt die großen Macher."

Pfarrer Süselbeck (Eving): "Wenn es dann um den Versuch geht, Mitbestimmung zu machen, dann bremsen alle die, die vorher immer von Mitbestimmung reden."

Der Oberstadtdirektor einer Großstadt: "Auf Intelligenz kommt es in der Politik überhaupt nicht an. Man muß im Wolfsrudel richtig liegen."

Ein Betroffener:

"Der Planer und der Baudezernent, die machen da eigene Geschäfte. Ich spreche nicht von Manipulation und Korruption. Das darf ich nicht, das darf ich nicht - also ..."

"Da heißt es im Parlament:

Der Mann hat Ahnung. Nein - der hat keine Ahnung, der ist ein Fachidiot, Und dann fliegen die Finger hoch."

Wie verhalten sich die Experten? Die Experten haben nun 150 Jahre lange über das Wohnen in Städten geurteilt. Daraus ist eine Verurteilung für die Betroffenen geworden, in den Städten der Experten zu leben. Experten, die so blind sind, lediglich die Rechtfertigungen für die wohnungswirtschaftlichen Interessen zu liefern, sind keine Experten. Experte ist nur, wer zuerst und zuletzt die soziale Realität der Betroffenen zu verstehen in der Lage ist. Die Betroffenen waren die besseren Experten. Das zeigt eine Fülle von Bürgerinitiativen dieses Landes. Die Benutzer sind die letzte Instanz - die einzige wirkliche Autorität und nicht eine kleine, aber sehr radikale Minderheit von Kaufhausbesitzern.

Ist das ein "Offenbarungseid"?

- ohne wirkliche Ziele?
- ohne die Voraussetzung zu kennen?
- ohne die Folgen zu kennen?
- ohne greifbaren Partner?

Die Stadt Dortmund hat 200 Sanierungsgebiete! Das Städtebauförderungsgesetz initiiert gigantische Maßnahmen. Aber: da es keine Subventionen für die Objekt-sanierung bringt, löst es folgenden Mechanismus aus:

Die Eigentümer müssen teures Fremdkapital aufnehmen. Um es zu verzinsen, müssen sie Wohnungen entweder in Büros verwandeln oder sie müssen sich zahlungskräftigere Mieter suchen. Das Sozialgefüge wird also zerstört. Oder die Eigentümer müssen an Großinvestoren verkaufen.

Obrigkeit und Planer verschweigen dies alles der Bevölkerung. Die Untersuchungen legen den ökonomischen Mechanismus mit seinen sozialen Folgen nicht offen. Mit flotten Werbesprüchen hieven sie gemeinsam das Trojanische Pferd, Sanierung in die Stadt hinein. Über Nacht steigen die Stadtzerstörer dann aus seinem Bauche heraus. Die Folgen kennen Sie nicht nur aus Göttingen, sondern aus 1001 Stadt.

Was denken die Leute, die Entscheider über die Betroffenen? "Das richtige Wohnen müssen wir den Leuten erst beibringen" (Wolfgang Vormbrock, Vorstandsmitglied der "Neuen Heimat" in Gummersbach).

Glaser, Leiter des Stadtentwicklungsreferates der Stadt Dortmund: "Der Mann in Eving sieht die Probleme aus seiner Brille." Ich kann nur sagen: "Gott sei Dank." Welche Brille hat die Obrigkeit? Etwa keine? Was hält die Obrigkeit von Diskussionen?

Noch einmal Glaser: "Interessengruppen, die verhältnismäßig neutral und sachlich ihre Dinge vortragen, mit denen haben wir diskutiert." Was hält die Obrigkeit von Bürgerinitiativen?

Der Stadtdirektor von Rheda: "Es wäre normal gewesen, daß die Gegenseite (Kritiker!) im Publikum sitzen würde". Sie wissen, was der Baden-Württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) über die Leute in Wyhl gesagt hat:

"Wenn das Beispiel Wyhl Schule macht, ist eine sinnvolle Entwicklung dieses Landes nicht mehr möglich. Wenn es Schule macht, daß bei jedem größeren Projekt irgendwelche ideologische oder andere Interessenten sich mit unmittelbarer oder mittelbarer Gewalt widersetzen, dann würde dieses Land unregierbar." FR 28. 2. 75

"Wenn Ministerpräsident Filbinger bei der Aktion "Bürger gegen Atomkraftwerk Wyhl" jetzt demonstrierende Winzer, Handwerker, Angestellte und Hausfrauen seines Landes "als Extremisten", gar als "Kommunisten" verdammt, so ist dies kein Mißverständnis, sondern die Damagogie einer Repräsentanz, die nicht mehr von der Bürgerdiskussion, sondern von den Vorschriften der Verwaltung lebt." (Frankfurter Rundschau 28. 2. 1975)

Wie geht man mit den Leuten um? Wolfgang Vormbrock, Vorstandsmitglied der "Neuen Heimat": "Heiliger (!) Grundsatz ... muß sein: diese neue Stadt (gemeint ist Billwerder-Allermöhe in Hamburg) wird nicht zugeteilt, sondern angeboten! Mit diesem kardinalen Unterschied erreichen wir das Gefühl der freiheitlich getroffenen Wahl, sich hier niederzulassen."

Wird wirklich nur "angeboten"? Oder bleibt den Leuten nichts anderes übrig, als das "Angebot" anzunehmen? Im Ruhrgebiet wird künstlich Wohnungsnot initiiert. Weil Neubauten nicht verkäuflich sind, werden Altbauten, die im Besitz derselben Gesellschaften sind, kahlgeschlagen.

Wie verhält sich die Verwaltung? Die Behörde ist völlig überfordert. Sie hat keine Kapazität an Personal. Die Mitarbeiter halten sich die Schwierigkeiten vom Hals. Sie tendieren zu vereinfachten Verfahren, sofern ihnen dabei die Arbeit abgenommen wird.

Die Behörde betreibt nichts von selbst und aktiv. Sie überläßt die aktive Rolle den Beteiligten.

Da in der Regel nur die Eigentümer über finanzielle Mittel für professionelle Detailplanung verfügen, sind die Mieter im Nachteil. Nichts regt sich, wenn der Eigentümer es nicht will.

Die Behörde koordiniert nicht wirklich. Sie redet nur von der Koordination. Die SPD-Wähler sind zu über 80 % Mieter - wie werden ihre Interessen von einem Baudezernenten ihrer Partei in Oberhausen vertreten?

In einer Geheimverhandlung schlägt der Baudezernent von Oberhausen Gercke, vor, daß der Hauseigentümer Thyssen die Bausubstanz in Eisenheim untersucht und darüber ein Gutachten abgibt. Ausgerechnet der Hauseigentümer, der Eisenheim zerstören wollte, soll nach Angaben von Gercke fähig sein, objektiv zu gutachten! Was mutet Gercke den Mietern eigentlich zu?

Zur Beteiligung der Mieterseite sagte Gercke: "Wenn die Kommission kommt, sind Sie doch im Haus."

(Wie ausgeliefert ist die Bevölkerung dieser Art von Verwaltungsbürokratie?) Gercke verkündet mehrfach, eine Anzahl Häuser müßten wegen schlechter Bausubstanz fallen - obwohl er bis heute keine einzige seriöse Untersuchung für diese bloße Behauptung nachweisen kann. Er beunruhigt dadurch die Bevölkerung. Jeder fragt sich, ob sein Haus dran sei.

In der Geheimverhandlung mit Thyssen sagt Gercke von sich aus: Die Berliner Straße müsse wohl abgerissen werden. Der Vorschlag kam nicht von Thyssen, sondern von Gercke! Offensichtlich betreibt der Baudezernent in jeder erdenklichen Weise die Zerstörung der Arbeiterwohnungen.

Obwohl Baudezernent Gercke in der Bürgerversammlung zusagte, in Zukunft nur gemeinsame Verhandlungsrunden zu machen, verhandelte er einige Tage später ohne Wissen der Eisenheimer mit dem Hausbesitzer (Thyssen). Weiß der Baudezernent nicht mehr, welcher Partei er angehört, welche Wohnungspolitik er im Auftrag des Parlaments und der Bevölkerung verfolgen soll? Die SPD hat ihn sicher nicht gewählt, um einen Vertreter des Hausbesitzers in einer Schlüsselposition im Rathaus zu haben.

Gercke bedrängte die Untersucher in massiver Weise, das Gutachten vor der Veröffentlichung zuungunsten der Eisenheimer zu verändern. Es gelang ihm jedoch nicht. Das ist der seltene Fall eines Gutachtens, das positiv für die Betroffenen ausgeht.

Der Baudezernent sagte dem Gutachter: "Ich plane nicht für 65-jährige." Das ist sicher der Gipfel der Menschenverachtung und des Zynismus. Welche Ahnung hat der Baudezernent von den menschlichen Schicksalen der alten Arbeiter und Arbeiterfrauen in der Siedlung? Sind die alten Leute nichts mehr wert?

Ich resümiere:

Die Bilanz von 26 Jahren Demokratie und 8 Jahren Partizipationspraxis ist grauenhaft. Oft kämpfen Initiativen jahrelang in einem geradezu unmenschlich werden den Streß - ohne geringste Ergebnisse. Der Plan wird nicht den Menschen angepaßt, sondern die Menschen werden dem Plan angepaßt. Wenn die Rettung der Arbeitersiedlung Eisenheim bloß der Stadt anvertraut wäre, stände die Siedlung nicht mehr. Wenn in dieser Siedlung zufällig nicht ein Professor wohnen würde, der viele Experten kennt und Experten, die kostenlos ihr letztes Hemd für die

Betroffenen ausziehen - solche Experten gibt es - bestände dieser Wohnbereich nicht mehr. Aber in wievielen Siedlungen können denn solche Leute wohnen! Die realen Schwierigkeiten, die den Betroffenen in den Weg gelegt werden, überführen jede Sonntagsrede als zynische Phrase.

In Eisenheim wurden z. Beispiel von der Bürgerinitiative Planungsleistungen kostenlos erbracht, die 30 000 DM gekostet hätten, die die Planungs-träger hätten aufbringen müssen.

Sie erbrachten sie kostenlos - ein unzumutbarer Zustand. Wozu bezahlen sie denn ihre Steuern?

An der mißlichen Realität kann man messen, was das Gerede von Demokratisierung in der Planung wirklich wert ist. (Die Spruchblase Demokratisierung kann so lange unentwegt abgesehen werden, wie die Realisierung nicht knallhart eingefordert wird.

Daraus muß für die Betroffenen resultieren:

- Sie müssen viel härter an die Interessenten herangehen.
- Sie müssen die Details selbst beherrschen lernen, auch wenn dies nicht ihre Aufgabe ist.

Solange die mit Planung beauftragten Institutionen ihre Aufgaben nicht wahrnehmen, müssen die Betroffenen sie in der einen oder anderen Weise ersetzen - so hart und beschwerlich das ist.

Ich bin unsicher geworden und mit dieser Bemerkung möchte ich schließen, ob man anstelle von Bürgerinitiativen so wie sie existieren, ich habe 8 Jahre in Bürgerinitiativen sehr hart und sehr viel gearbeitet, ob sie so wirklich effizient genug arbeiten.

Ich habe gerade festgestellt in Oberhausen, wo ich wohne, daß man parteiintern - ich bin Sozialdemokrat, ich habe in der SPD-Partei intern gearbeitet, ohne Posten zu erstreben, wenn man das anfängt, ist man weg vom Fenster - mehr erreichen kann. Wir haben dort eine Menge erreicht. Ich stelle es aber nur als Frage. Es werden wahrscheinlich eine ganze Reihe von Ihnen auch dort auf sehr mißliche Erfahrungen verweisen können.

5. Kunstkongreß Göttingen 20. – 22. Juni 1975

Die Geschichtlichkeit des Menschen und der Stadt

**Veranstalter: Stadt Göttingen Kulturverwaltung, in Verbindung
mit der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger
in der Bundesrepublik Deutschland.**

**Herausgeber:
Stadt Göttingen mit freundlicher
Unterstützung des Bundes-
ministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

Göttingen 1975